



Kölner Statistische Nachrichten 3/2018

Aktive Bürgerschaft

Ergebnisse der „Leben in Köln“ – Umfrage 2016

Inhalt

1.	Einleitung	3
2.	Ergebnisse der „Leben in Köln“-Umfrage.....	5
2.1	Aktivitäten der Kölner füreinander	5
	Ehrenamtliches Engagement.....	5
	Pflege	7
2.2	Aktivitäten im politischen Bereich	11
	Politisches Interesse	11
	Politische Partizipation	13
	Nutzung von Informationsquellen.....	16
3.	Fazit und Ausblick.....	19
	„Leben in Köln“-Umfrage 2016 – Methodik.....	21

1. Einleitung

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der aktiven Bürgerschaft und damit mit den vielfältigen Aktivitäten, die das Zusammenleben in Köln mitgestalten. Unter „Aktiver Bürgerschaft“ werden gemeinnützige Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden, Selbsthilfegruppen, in Nachbarschaftsinitiativen und Netzwerken, Unterstützungs- und Pflegeleistungen sowie Aktivitäten im politischen Bereich verstanden.

Speziell vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist das bürgerschaftliche Engagement beim Thema Pflege intensiver in den Blick genommen worden. Angesichts des gewachsenen und weiter zunehmenden Anteils Älterer kommt gerade der „informellen“ Pflege- und Unterstützungsleistung durch Privatpersonen eine wachsende Bedeutung zu. Dank dieser Unterstützungsleistungen wird nicht nur die Qualität der Pflegeleistungen erhalten – oftmals wird sie dadurch erst gewährleistet.

Sich bereits heute mit diesem Thema zu beschäftigen, ist erforderlich, weil sich die Situation der Pflege verändern wird. Die zu erwartenden Veränderungen hängen zum einen damit zusammen, dass die zahlenmäßig starke Generation der „Baby Boomer“ (geboren in den 50er- und 60er-Jahren) bald weitgehend in der Rentenphase sein wird, die nachfolgende Generation ihrer Kinder jedoch zahlenmäßig deutlich geringer besetzt ist. Außerdem trägt die zunehmende berufliche Mobilität dazu bei, dass Familienangehörige räumlich weiter entfernt voneinander leben und eine Pflege im Familienkreis dadurch schwieriger zu bewerkstelligen ist. Der vorliegende Bericht zeigt, was die Kölner Bürgerinnen und Bürger bereits heute für pflegebedürftige Menschen in ihrem Umfeld leisten und in welchem Umfang dies geschieht.

Große Teile der Kölner Bevölkerung sind überdies in politischer Hinsicht bürgerschaftlich aktiv. Vielen reicht es nicht mehr aus, alle fünf Jahre ein Kreuz auf einem Wahlzettel zu machen, vielmehr wollen sie sich aktiv in die Entscheidungsfindungen in ihrer Stadt einbringen – bei Themen, die sie unmittelbar betreffen. Der vorliegende Bericht zeigt, welche Möglichkeiten politischer Einflussnahmen die Kölnerinnen und Kölner nutzen, um ihre Stadt aktiv mitzugestalten.

Grundlegend dafür, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen ist das Vorhandensein von Informationen. Darüber Bescheid zu wissen, was in Köln geschieht, kann daher für die politische Teilhabe in der Stadt förderlich sein. Aus diesem Grund wurde danach gefragt, in welchem Ausmaß die Kölnerinnen und Kölner diverse Informationsquellen heranziehen, um sich über das Stadtgeschehen zu erkundigen.

Der vorliegende Bericht zum Thema „Aktive Bürgerschaft“ ist einer von vier Themenberichten, die über ausgewählte Fragestellungen aus der „Leben in Köln“-Umfrage 2016 berichten. In dieser Umfrage wurde eine Vielzahl von Fragen zu verschiedenen Themenbereichen städtischen Lebens gestellt, aus denen planungsrelevante Informationen über die Lebensverhältnisse und Einstellungen der Kölner Bevölkerung abgeleitet werden können.

Die veröffentlichten Berichte geben einen Überblick über die Umfrageergebnisse und ermöglichen es, thematische Zusammenhänge zwischen den Themen darzustellen. Ein erster Themenbericht behandelt die „Zufriedenheit mit Köln und dem Wohnumfeld“. Zwei weitere Berichte befassen sich mit dem „Wohnen in Köln“ sowie der „Erwerbstätigkeit und der wirtschaftlichen Lage der Kölner Bevölkerung“.

Die vier Themenberichte sind der Auftakt zu einer Serie weiterer Berichte, die das Amt für Stadtentwicklung und Statistik in den kommenden Wochen und Monaten in loser Folge veröffentlichen wird. Mit ihnen werden weitere Themen näher beleuchtet – beispielsweise mit Blick auf Unterschiede zwischen Stadtteilen oder Bevölkerungsgruppen (zur Methodik siehe Seite 21).

2. Ergebnisse der „Leben in Köln“-Umfrage

Für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft ist es von Bedeutung, ob sich Menschen mit ehrenamtlichen Aktivitäten einbringen. Die Spannweite der Tätigkeitsfelder bürgerschaftlichen Engagements ist weit gesteckt: Sie reicht von gemeinnützigen Aufgaben in Vereinen, kirchlichen oder sozialen Organisationen über Nachbarschaftsinitiativen, Selbsthilfegruppen, bis hin zu Formen direkter demokratischer Beteiligung in Parteien oder Verbänden. Auch in der Unterstützung gemeinwohlorientierter Aktivitäten, etwa von umwelt- oder kulturpolitischen Organisationen kommt Bürgerengagement zum Ausdruck. Aus den ehrenamtlichen und gemeinnützigen Aktivitäten entstehen vielfach Netzwerke, die in unterschiedlichen Lebenssituationen bedeutsam sind und die Zivilgesellschaft unterstützen. Bürgerschaftliches Engagement und politische Teilhabe ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, mit ihrer Kompetenz maßgebend an der bürgernahen Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken.

2.1 Aktivitäten der Kölner füreinander

Das Thema „Ehrenamt“ findet seit längerer Zeit Beachtung in den Bürgerumfragen des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik – so wurden in einer Umfrage aus dem Jahr 2009 mehrere vertiefende Fragen rund um das Thema „Ehrenamt“ gestellt. Anders als bei der letzten Umfrage wurde in der Umfrage 2016 nicht das gesamte Spektrum der bürgerschaftlichen Aktivitäten abgefragt. Hier lag der Schwerpunkt vielmehr auf den Aktivitäten, die Menschen zur Pflege und Unterstützung Pflegebedürftiger leisten.

Ehrenamtliches Engagement

Ein Viertel der Kölnerinnen und Kölner engagiert sich ehrenamtlich – Tendenz: leicht steigend

Zurzeit übt rund ein Viertel (24%) der Kölnerinnen und Kölner ein Ehrenamt aus. Gefragt wurde explizit nach ehrenamtlichen Tätigkeiten, die finanziell nicht entlohnt werden und deren Ausübung zum Wohle anderer Menschen oder einer Sache erfolgt (reine Vereinsmitgliedschaften oder Spendentätigkeiten werden hierunter nicht gezählt). Hochgerechnet auf die Kölner Erwachsenenbevölkerung sind dies rund 210 000 Personen.

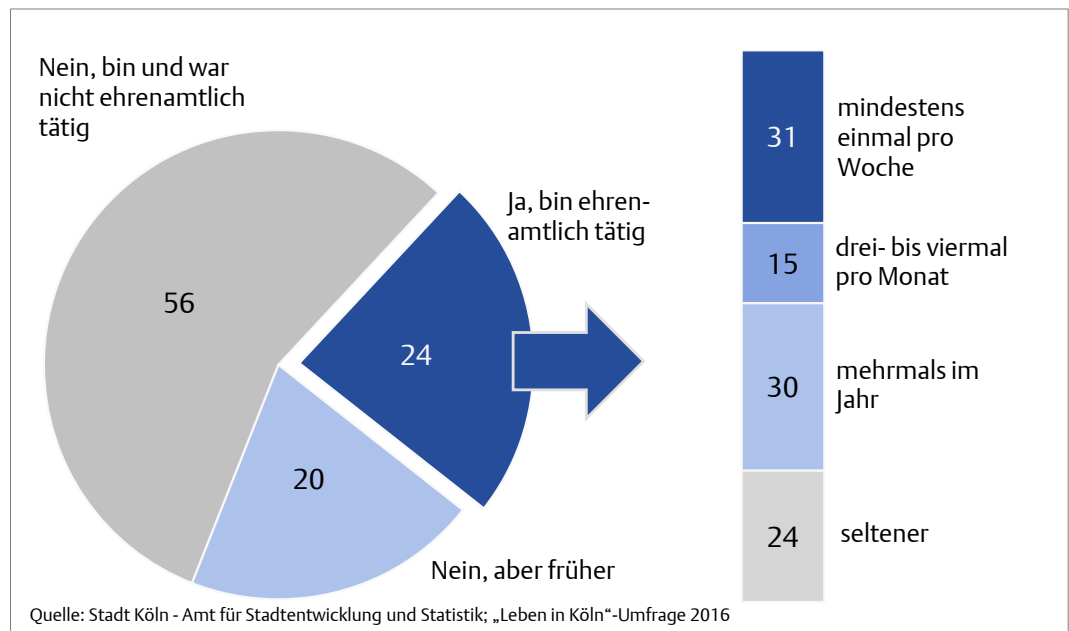
Dass mit mittlerweile 24 Prozent nahezu jede/r Vierte angibt, ehrenamtlich tätig zu sein, bedeutet eine leichte Steigerung gegenüber der Vorbefragung 2009, laut der 22 Prozent ehrenamtlich tätig waren. Auch wenn diese Steigerung nicht sehr hoch erscheint, verbirgt sich hinter diesen zwei Prozentpunkten doch immerhin eine Zunahme von rund 30 000 ehrenamtlich tätigen Kölnerinnen und Kölnern (2009: rund 178 000).¹

¹ Siehe auch „Kölner Statistische Nachricht - 1/2012: Bürgerschaftliches Engagement in Köln – Ergebnisse aus der Bürgerumfrage ‚Demografischer Wandel in Köln‘“

46 Prozent engagieren sich mehrmals pro Monat

Unter den Kölnerinnen und Kölnern, die aktuell ehrenamtlich tätig sind, ist knapp die Hälfte ausgesprochen häufig aktiv: darunter 31 Prozent „mindestens einmal pro Woche“ sowie 15 Prozent „drei- bis viermal im Monat“. 30 Prozent engagieren sich „mehrmals im Jahr“ ehrenamtlich, 24 Prozent tun dies „seltener“.

Grafik 1 Ehrenamtliche Tätigkeit der Kölner Bevölkerung (in % der Befragten)



Zahl der Menschen, die potenziell für ein Ehrenamt zu haben sind, ist deutlich gestiegen

Die benannten 24 Prozent sind allerdings nicht als das Gesamtpotenzial ehrenamtlichen Engagements in Köln aufzufassen. Rechnet man diejenigen hinzu, die aktuell zwar nicht, „aber früher einmal“ ehrenamtlich aktiv waren, sind 44 Prozent der erwachsenen Kölnerinnen und Kölner in irgendeiner Form für bürgerschaftliches Engagement offen – hochgerechnet sind dies circa 387 000 Menschen.

Verglichen mit 2009 gibt es bei diesem Potenzial einen deutlichen Anstieg: Der Anteil aller, die zum Befragungszeitpunkt oder aber in der Vergangenheit ehrenamtlich tätig waren, betrug 2009 noch 36 Prozent. Das Potenzial für ehrenamtliche Aktivitäten ist damit in der Bürgerschaft deutlich größer geworden.

Pflege

Krankheit und Pflegebedürftigkeit sind Risiken, die jeden ereilen können und mit steigendem Alter wahrscheinlicher werden. Insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und dem damit verbundenen größer werdenden Anteil alter und hochbetagter Menschen in der Bevölkerung, erhält die Pflege oder Unterstützung, die Menschen füreinander leisten, eine zunehmend wichtige soziale Bedeutung.²

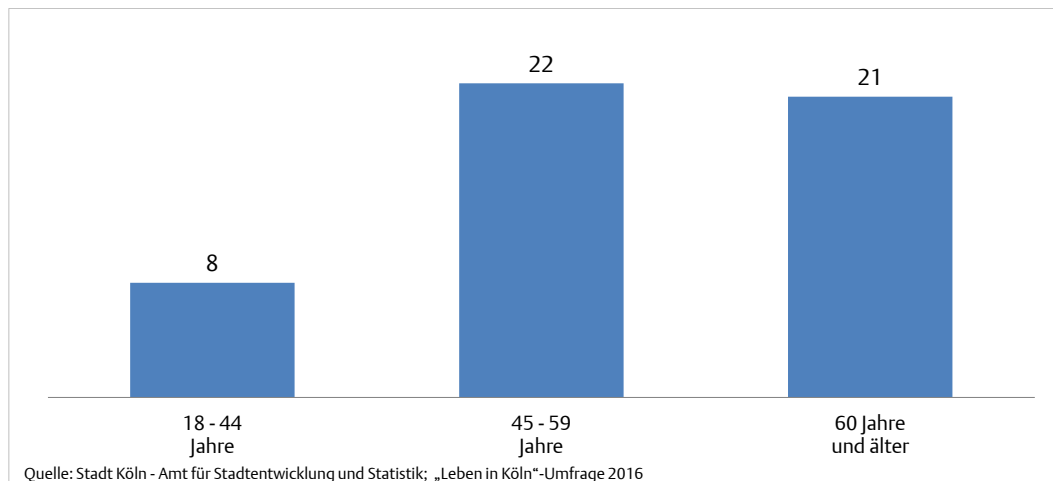
In Köln pflegt oder unterstützt etwa jede/r Sechste

16 Prozent der befragten Kölnerinnen und Kölner geben an, einen pflegebedürftigen Menschen zu unterstützen, zu betreuen beziehungsweise zu pflegen. Etwa drei Viertel der pflegenden Kölnerinnen und Kölner unterstützen einen Menschen, der nicht zum eigenen Haushalt gehört.

Vor allem ältere Kölnerinnen und Kölner pflegen

Es hängt vor allem vom Alter ab, ob man andere Menschen pflegt oder unterstützt: Während bei den unter 45-jährigen Befragten das Thema „Pflege“ eine vergleichsweise geringe Rolle spielt – hier pflegt/unterstützt nur maximal jede/r Zehnte –, sieht das bei den älteren Kölnerinnen und Kölnern anders aus. Der Anteil pflegender Personen steigt bei den über 45-jährigen auf über 20 Prozent an (siehe Grafik 2).

Grafik 2 Befragte, die pflegen oder unterstützen, in den Altersgruppen (in % der Befragten)



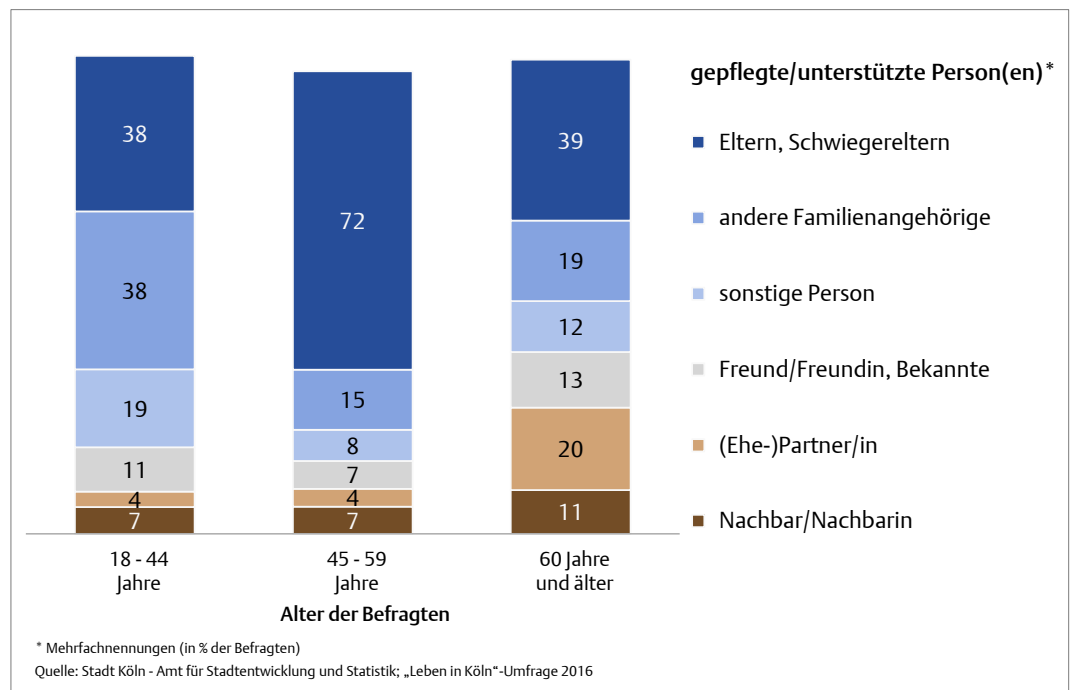
Unterschiedliche Pflegesituation je nach Lebensabschnitt

Mit zunehmendem Alter steigt nicht nur die Wahrscheinlichkeit, einen Menschen zu pflegen – die älteren Kölnerinnen und Kölner unterscheiden sich von den jüngeren auch darin, wen sie pflegen.

² Frageformulierung: „Unterstützen, betreuen, pflegen Sie pflegebedürftige Menschen?“

44-jährige oder Jüngere pflegen/unterstützen deutlich häufiger **andere Familienangehörige** als die älteren Kölnerinnen und Kölner (38%). Da in dieser Altersgruppe der Anteil von Haushalten mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen überdurchschnittlich hoch ist, kann vermutet werden, dass es sich hierbei vor allem um die Pflege/Unterstützung von Minderjährigen handelt.

Grafik 3 Gepflegte/unterstützte Person nach Altersgruppe der Befragten (Mehrfachnennung in % der Befragten)



Bei den 45- bis 59-jährigen überwiegt mit einem Anteil von knapp drei Vierteln (72%) der Personenkreis, der die **Eltern oder Schwiegereltern** pflegt.

Auch die 60-jährigen und Älteren pflegen zu großen Teilen die **Eltern oder Schwiegereltern** (39%). Hinzu kommt bei dieser Altersgruppe die Fürsorge um **den Partner/die Partnerin**: Ein Fünftel muss sich um den pflegebedürftigen Partner/die pflegebedürftige Partnerin kümmern (20%).

Alle Altersgruppen gleichen sich darin, dass **Eltern oder Schwiegereltern** jeweils die größte Gruppe darstellen, die unterstützt, betreut oder gepflegt wird (siehe Grafik 3).

Mehrfachbelastung bei den Pflegenotwendigkeiten

Die Unterstützung einer pflegebedürftigen Person beansprucht Zeit und konkurriert mit anderen Verpflichtungen, wie sie sich beispielweise aus einer Berufstätigkeit oder der eigenen Familiensituation ergeben.

Je älter man bei der Familiengründung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Doppelbelastung: Denn das Risiko nimmt zu, sich (noch) um die eigenen minderjährigen Kinder kümmern zu müssen und zeitgleich pflegebedürftige (Schwieger-)Eltern zu bekommen.

Eine derartige Doppelbelastung zeigt sich derzeit bei 13 Prozent der Befragten: So hat von den 45- bis 59-jährigen, die angaben, ihre (Schwieger-)Eltern zu betreuen oder zu pflegen, immerhin noch jede/r Achte gleichzeitig Kinder unter 14 Jahren im Haushalt. Da die Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes immer älter sind³, dürfte diese Doppelbelastung zumindest in der nächsten Zeit wahrscheinlicher werden.

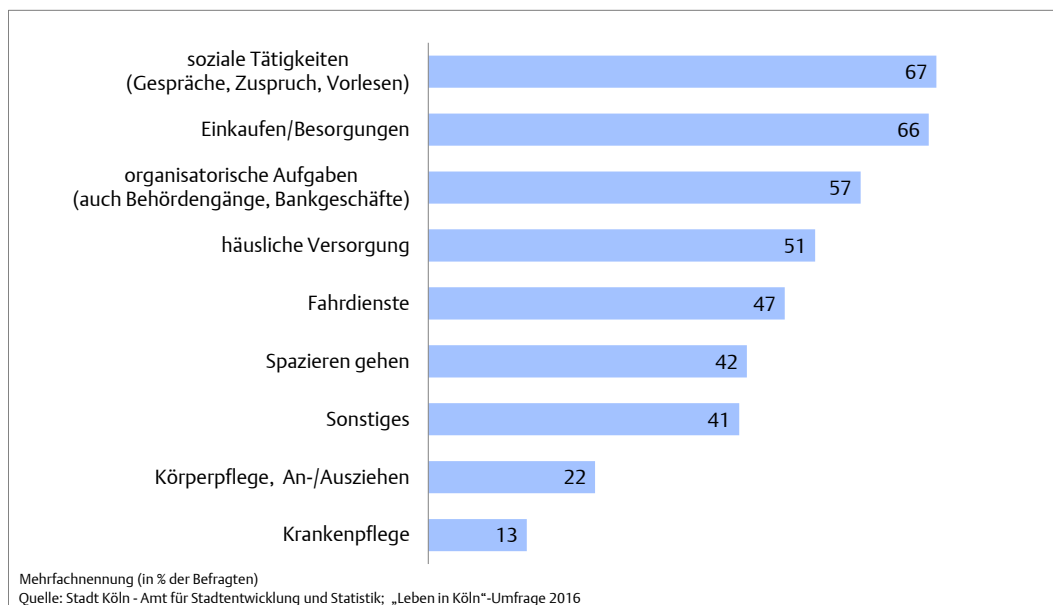
Pflege führte bei 17 Prozent zu einer Einschränkung der Berufstätigkeit

Dass sich Berufstätigkeit und aktuelle Pflegenotwendigkeit nicht reibungslos vereinbaren lassen, führte bei jeder sechsten befragten Person zu einer zeitlichen Einschränkung der beruflichen Tätigkeit (17%). Mit 20 Prozent gaben dies Frauen häufiger an als Männer (14%).⁴

Unterstützung pflegebedürftiger Personen ist vielfältig

Die Kölnerinnen und Kölner pflegen auf vielfältige Weise. Das Pflegespektrum der am häufigsten genannten Pflege- oder Unterstützungsleistungen umfasst insbesondere soziale Tätigkeiten (emotionale Zuwendung, Gespräche, Vorlesen und ähnliches) sowie Einkäufe und Besorgungen. Über 60 Prozent der Pflegenden haben hier jeweils ein Kreuz gesetzt. Aber auch organisatorische Aufgaben (beispielsweise Behördengänge) werden von mehr als der Hälfte der Pflegenden übernommen (57%).

Grafik 4 Geleistete Pflege-/Unterstützungstätigkeiten (Mehrfachnennung in % der Befragten)



³ So ist statistisch gesehen eine Frau bei der Geburt ihres ersten Kindes in Köln durchschnittlich 31,2 Jahre alt. Siehe hierzu auch Statistisches Jahrbuch Köln 2016, S. 55

⁴ Frageformulierung: „Müssen Sie bzw. mussten Sie für ihre aktuelle Pfl egetätigkeit ihre Berufstätigkeit zeitlich einschränken?“

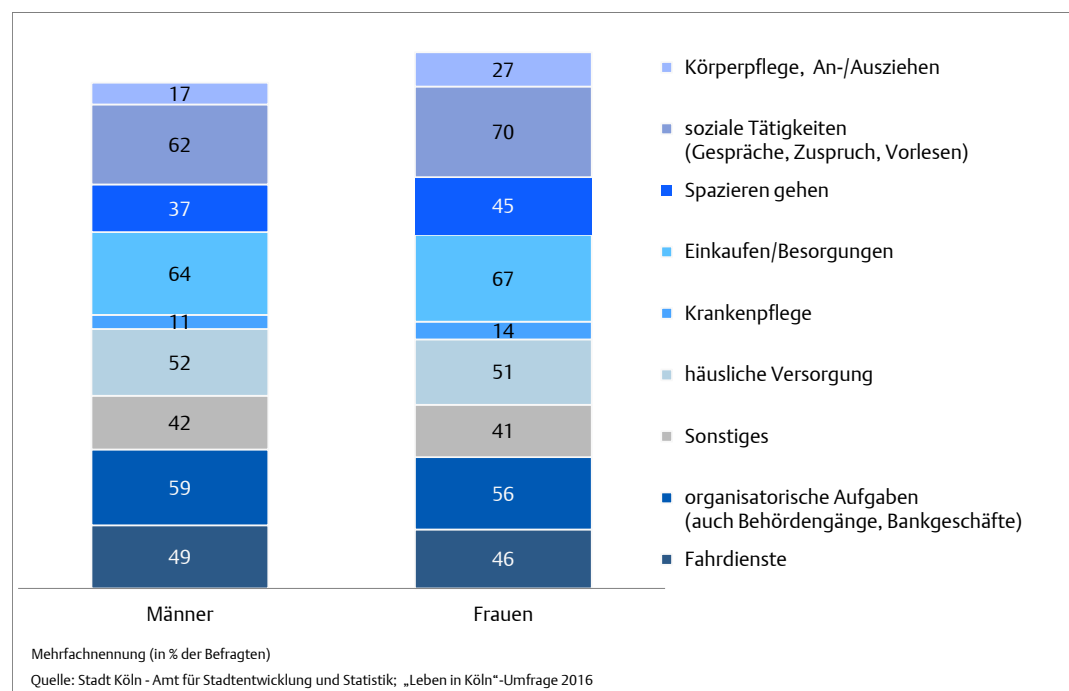
Von den neun zur Auswahl gestellten Pflēgetätigkeiten wurden durchschnittlich vier Tätigkeiten ausgewählt. Entgegen der landläufigen Vorstellung unterscheiden sich Frauen und Männer nur geringfügig darin, wie viel sie an Unterstützungs- und Pflēgeleistungen erbringen (Frauen 4,2 und Männer 3,9 verschiedene Tätigkeiten (im Durchschnitt)). Stärkere Unterschiede zwischen Männern und Frauen ergeben sich jedoch in der inhaltlichen Ausrichtung der Tätigkeiten.

Körperpflēge, soziale Tätigkeiten und Spaziergänge werden eher von Frauen geleistet

Frauen übernehmen häufiger als Männer intime, auch körperlich anstrengende Pflēgetätigkeiten wie **Körperpflēge** oder das **An- und Ausziehen** (27%; Männer: 17%).

Daneben werden auch **soziale Zuwendung** wie Gespräche, Zuspruch und Vorlesetätigkeiten (70%; 62%) sowie **Spaziergänge** (45%; 37%) in erhöhtem Ausmaß von den Kölnerinnen geleistet. Bei den anderen Tätigkeiten zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Grafik 5 Geleistete Pflēge-/Unterstützungstätigkeiten von Frauen und Männern (Mehrfachnennung in % der Befragten)



2.2 Aktivitäten im politischen Bereich

Mit ihrer politischen Mitwirkung haben Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Gemeinwesens einen aktiven Anteil. Um mehr zu erfahren über die Bereitschaft und Intensität der Kölner Bevölkerung, sich für Politik allgemein und für das politische Geschehen und die Entwicklung der Stadt einzubringen, wurde die Frage nach den Formen politischer Beteiligung gestellt. Ergänzend wurde nach dem Interesse an Politik allgemein, aber auch an Lokalpolitik gefragt, das als Grundlage für politisches Engagement gesehen wird.

Politisches Interesse

Starkes Interesse für die Entwicklung Kölns

Interesse an Gesellschaft und Politik sind Grundvoraussetzungen für die Bereitschaft, sich gesellschaftspolitisch einzubringen, sei es mit einer Wahlteilnahme an der politischen Willensbildung teilzuhaben oder sich über mögliche Formen der direkten Bürgerbeteiligung in kommunale Entscheidungsprozesse gestaltend einzubringen.

Nahezu alle Befragte der „Leben in Köln“-Umfrage bekunden ein Interesse für **Politik allgemein** (92%). Mit 96 Prozent interessiert sich nahezu jede/r Befragte für die **Entwicklung der Stadt** (siehe Grafik 6). Auch wenn bei den Teilnehmenden an einer städtischen Bürgerumfrage grundsätzlich von einem höheren politischen Interesse ausgegangen werden kann, sprechen diese Zustimmungswerte für ein außergewöhnlich hohes politisches Interesse der Kölner Bevölkerung.

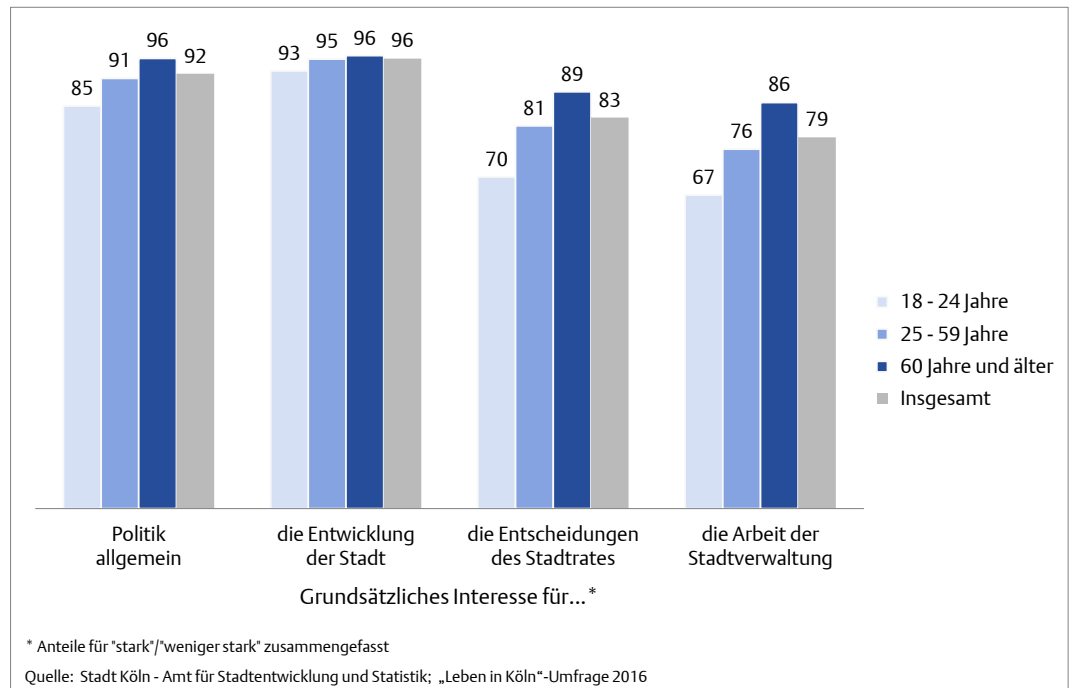
Die **Entscheidungen des Stadtrates** und die **Arbeit der Stadtverwaltung** stoßen mit jeweils rund 80 Prozent auf etwas weniger interessierte Kölnerinnen und Kölner, wengleich auch diese Werte als hoch anzusehen sind. Etwa ein Fünftel fühlt sich hingegen überhaupt nicht von diesen beiden Bereichen angesprochen.

Politisches Interesse steigt mit dem Alter

Für die **Entwicklung der Stadt** interessiert sich annähernd jede/r – und dies über alle Altersgruppen hinweg (siehe Grafik 6). Anders bei der **Politik im Allgemeinen** oder auch den **Entscheidungen des Stadtrates** oder der **Arbeit der Stadtverwaltung**: Hier nimmt das Interesse mit steigendem Alter zu.

Bei den 18- bis 24-Jährigen ist das Interesse an **Politik allgemein** mit 85 Prozent noch hoch. An den **Entscheidungen des Stadtrates** und der **Arbeit der Stadtverwaltung** sind allerdings nur noch etwa sieben von zehn Befragten interessiert (70 beziehungsweise 67%). Vor dem Hintergrund ihrer oftmals geringeren politischen Erfahrung sowie dem Umstand einer zumeist kürzeren Wohndauer in der Stadt, ist dieser Wert aber immer noch als hoch anzusehen.

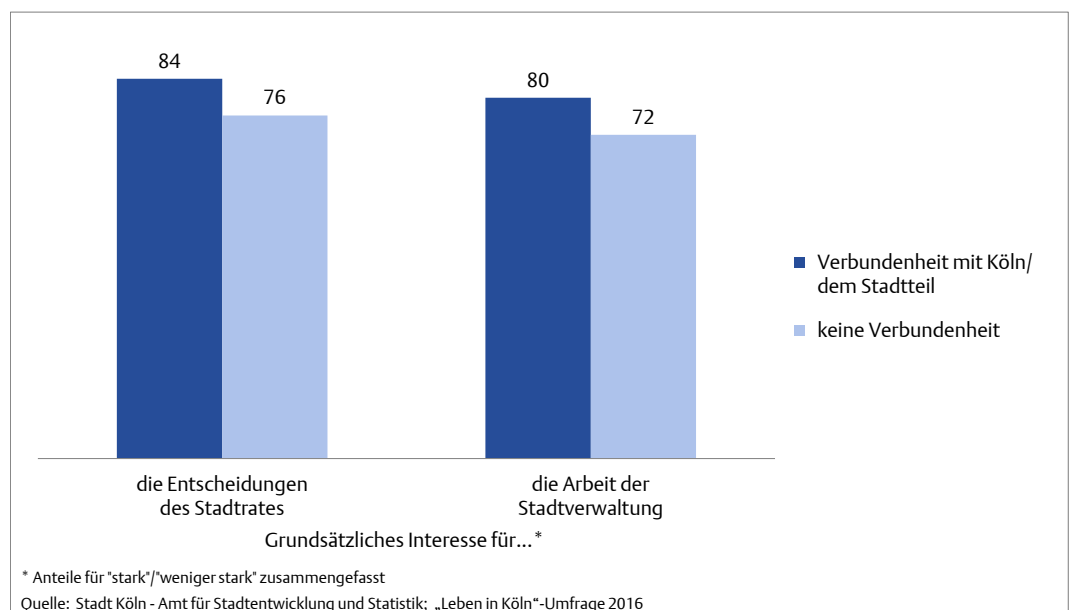
Grafik 6 Grundsätzliches Interesse an Politik allgemein und im kommunalpolitischen Bereich nach Altersgruppen (in % der Befragten)



Stärkeres Interesse an Lokalpolitik geht einher mit der Verbundenheit mit Köln

Auch ist zu erkennen, dass Kölnerinnen und Kölner, die sich entweder mit ihrem Stadtteil oder der Stadt insgesamt verbunden fühlen, ein etwas stärkeres Interesse für Lokalpolitik besitzen als diejenigen Befragten, die keine emotionale Verbundenheit zu Köln haben (jeweils acht Prozentpunkte Unterschied).

Grafik 7 Interesse an Bereichen der Kommunalpolitik nach Verbundenheit mit Köln/dem Stadtteil (in % der Befragten)



Politische Partizipation

Die Kölner Bevölkerung zeichnet sich, wie gezeigt, durch ein relativ hohes grundsätzliches Interesse an Politik aus. Damit ist eine zentrale Grundlage für die Bereitschaft vorhanden, sich auch politisch einzubringen und an politischen Entscheidungen mitzuwirken.

Drei Viertel der Befragten gehen nach eigener Angabe regelmäßig wählen

Freie Wahlen sind das konstituierende Merkmal einer Demokratie und die wichtigste Form, als Bürgerin oder Bürger Kontrolle über die politische Führung und den politischen Kurs auszuüben. Danach gefragt, ob sie an einer der drei zurückliegenden Wahlen teilgenommen haben, gaben 74 Prozent der befragten Kölnerinnen und Kölner eine Teilnahme an mindestens zwei der letzten drei Wahlen an.⁵

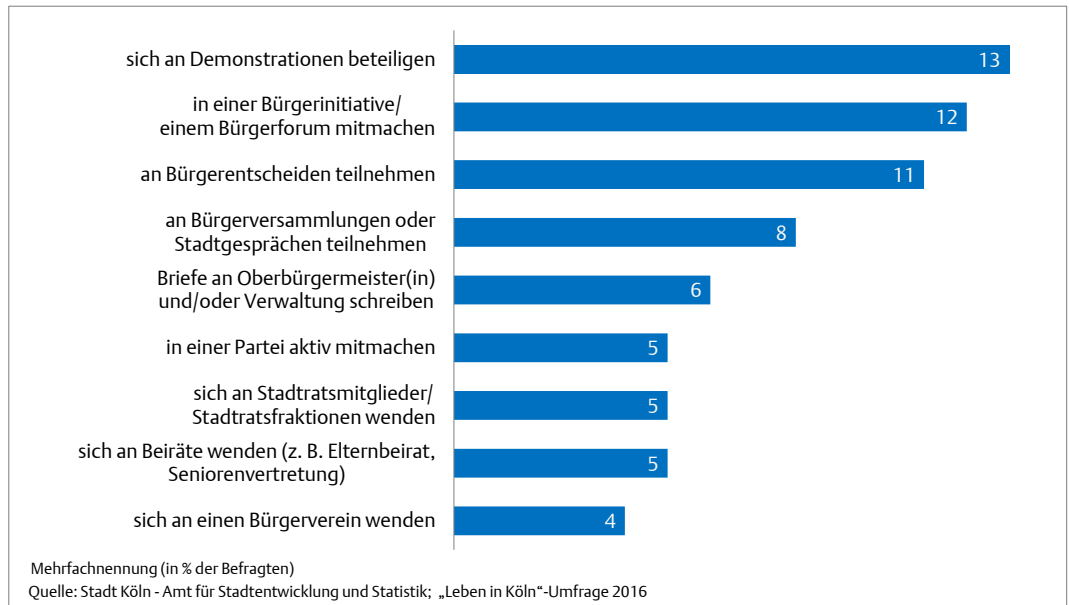
Weniger als ein Fünftel der Kölnerinnen und Kölner nutzt alternative Beteiligungsformen

Neben der Teilnahme an Kommunalwahlen steht den Bürgerinnen und Bürgern eine Vielzahl alternativer Möglichkeiten zur Verfügung, sich in kommunale Entscheidungsprozesse einzubringen. Um etwas über die Verankerung dieser Beteiligungsformen in der Kölner Bevölkerung zu erfahren, wurde in der „Leben in Köln“- Umfrage 2016 eine Reihe alternativer Beteiligungsformen vorgegeben und gefragt, welche man davon schon einmal genutzt hat.

Es zeigt sich, dass jede achte Kölnerin beziehungsweise jeder achte Kölner eine der vorgegebenen Beteiligungsformen bereits genutzt hat. Diese Anteilswerte mögen gering erscheinen: Hier muss bedacht werden, dass die aufgeführten Formen alternativer politischer Einflussnahme in der Regel anlassbedingt sind – das heißt, eine Teilnahme zielt entweder auf eine konkrete Situation ab, die für die Bürgerinnen und Bürger in irgendeiner Form ein Problem darstellt, oder man möchte mitgestaltend an Stadtentwicklungsprojekten teilhaben. Darüber hinaus geht der Zeitaufwand, der von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen dieser Beteiligungsverfahren in der Regel aufgebracht werden muss, deutlich über den Zeitaufwand hinaus, den sie für einen Wahlgang aufwenden müssen.

⁵ Berücksichtigt wurden die letzten drei Wahlen zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2016 (also die Bundestagswahl 2013, die Europa/-Kommunalwahl 2014 und die Wahl der Oberbürgermeisterin 2015). In die Auswertungen wurden nur diejenigen Befragten einbezogen, die das 18. Lebensjahr zum Zeitpunkt der Wahlen erreicht hatten.
Eine ausführliche Analyse zur Wahlbeteiligung der letzten Wahlen befindet sich auf den städtischen Internetseiten: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/statistik/wahlanalysen>

Grafik 8 Nutzung alternativer politischer Beteiligungsformen
(Mehrfachnennung in % der Befragten)



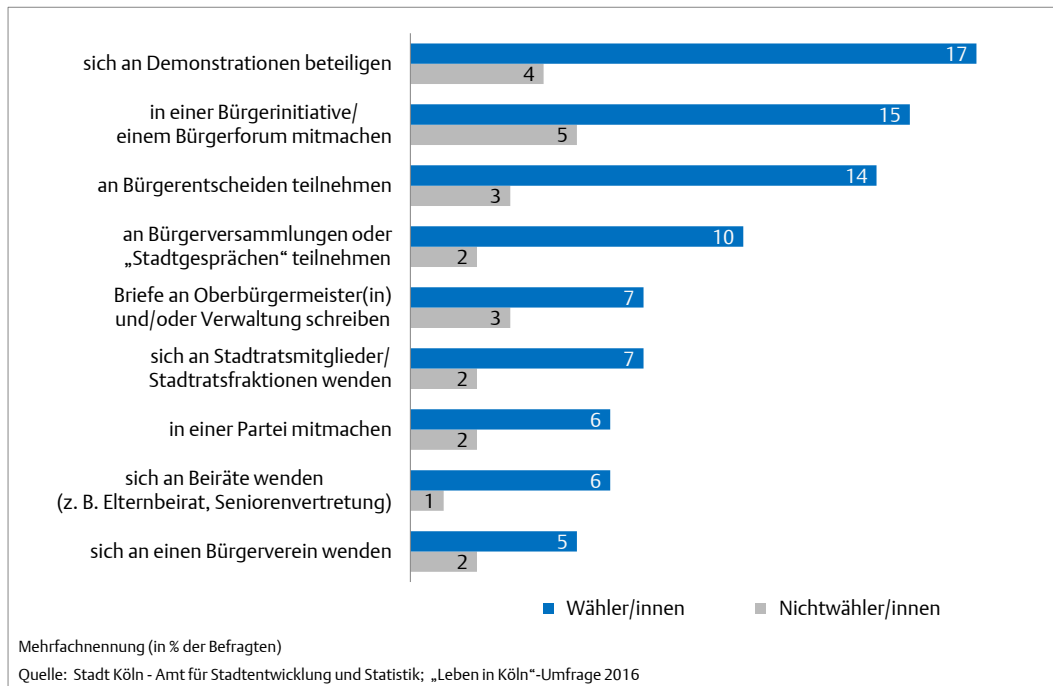
Demonstrationen, Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide sind die häufigsten ausgeübten Beteiligungsformen

Demonstrationen, Bürgerinitiativen/Bürgerforen oder Bürgerentscheide sind noch die von den meisten Kölnerinnen und Kölnern genutzten Beteiligungsformen: Zwölf beziehungsweise 13 Prozent „haben diese schon einmal genutzt“. Elf Prozent haben auch schon einmal an Bürgerversammlungen oder „Stadtgesprächen“ teilgenommen. Andere Beteiligungsformen spielen eine nachgelagerte Rolle (siehe Grafik 8).

Alternative Beteiligungsformen sind auch für Nichtwählerinnen und -wähler keine wirkliche Alternative

Die Kölnerinnen und Kölner, die sich an politischen Wahlen nicht (mehr) beteiligen, sind auch bei der Nutzung alternativer Beteiligungsformen deutlich zurückhaltender. Die Befragten, die angaben, sich an den letzten drei Wahlen nicht beteiligt zu haben, haben alternative Beteiligungsformen in deutlich geringerem Umfang genutzt als diejenigen, die sich an politischen Wahlen beteiligen.

Grafik 9 Nutzung alternativer Beteiligungsformen durch Wähler/innen und Nichtwähler/innen (Mehrfachnennung in % der Befragten)



Bürgerentscheiden und Kommunalwahlen wird der stärkste Einfluss auf Kommunalpolitik und Stadtentwicklung zugeschrieben

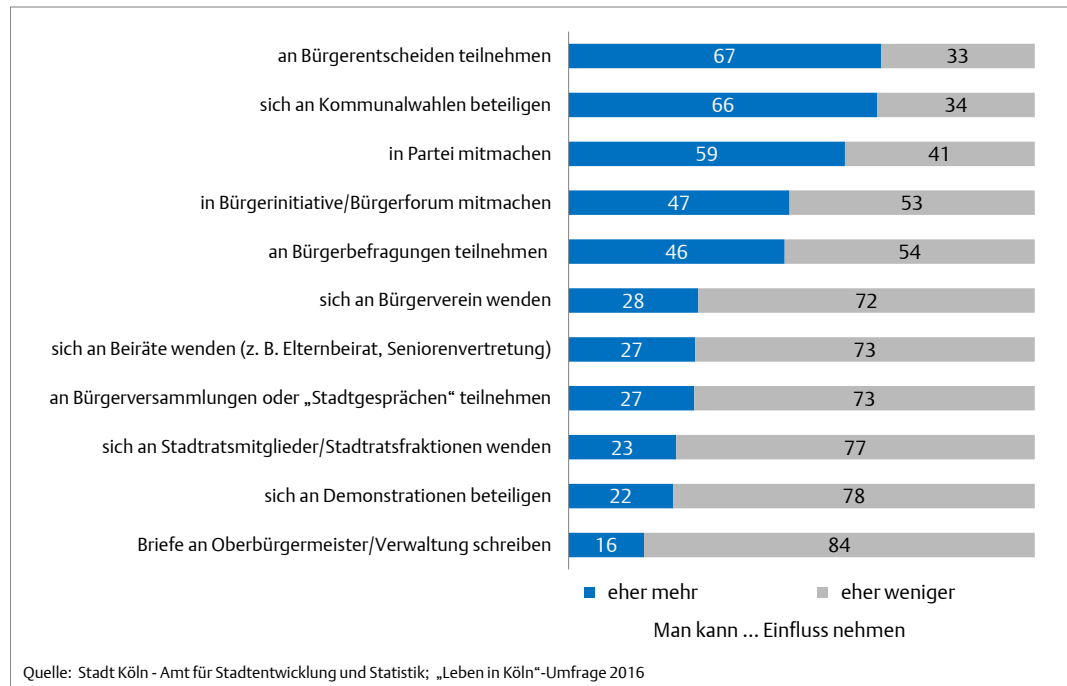
Gefragt danach, welche Chancen sie den möglichen Beteiligungsverfahren – auch Kommunalwahlen und Beteiligung an Bürgerumfragen – einräumen, um damit auf Kommunalpolitik und Stadtentwicklung Einfluss nehmen zu können, stufen die Befragten **Bürgerentscheide** sowie **Kommunalwahlen** noch am erfolgversprechendsten ein (jeweils zwei Drittel der Befragten). 59 Prozent der Befragten schreiben der Mitwirkung in einer **Partei** einen Einfluss zu. Damit gelten diese drei Partizipationsformen in der Kölner Bevölkerung als besonders bedeutsam.

Die Beurteilung des Einflussvermögens von politischen Beteiligungsmöglichkeiten ist also weitaus höher als die tatsächliche Nutzung.

Etwas weniger als die Hälfte spricht **Bürgerinitiativen/Bürgerforen** oder der Teilnahme an **Bürgerbefragungen** einen Einfluss zu. Die weiteren Beteiligungsverfahren erachten nur etwa ein Viertel oder weniger als erfolgversprechend.

Es ist anzumerken, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Befragten die Einflusstärke bestimmter Partizipationsverfahren nicht einschätzen konnte. So haben die Befragten vor allem bei der Beurteilung des Einflusses von Demonstrationen (27%), Briefen an die Oberbürgermeisterin oder Verwaltung (28%), des Herantretens an Stadtratsmitglieder (30%), Bürgervereine (30%) oder Beiräte (31%) verstärkt mit „weiß nicht“ geantwortet.

Grafik 10 Einschätzung, mit Beteiligungsformen Einfluss auf Kommunalpolitik/ Stadtentwicklung nehmen zu können (in % der Befragten)



Dies dürfte zum einen daraus resultieren, dass diese Beteiligungsformen bisher nur in den wenigsten Fällen tatsächlich genutzt wurden und die Einschätzung ihres Einflussvermögens daher schwer fallen könnte. Zudem sind politische Entscheidungsprozesse in der Regel komplex und nicht auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen, was die Beurteilung der Wirkung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten grundsätzlich erschwert.

Nutzung von Informationsquellen

„Aktive Bürgerschaft“ kann durch die Verfolgung von Nachrichten und Informationen über das gesellschaftspolitische Zeitgeschehen ihren Anfang nehmen. Sich regelmäßig über das, was in der Stadt passiert, auf dem Laufenden zu halten, vermittelt wichtige Kenntnisse über lokalpolitische Zusammenhänge, die dazu beitragen können, sich bürgerschaftlich zu engagieren.

Das persönliche Umfeld ist zentrale Informationsquelle zum Stadtgeschehen

Über die Geschehnisse in der Stadt kann man sich auf vielerlei Weise informieren. An erster Stelle steht das persönliche Umfeld der Kölner Bevölkerung – 90 Prozent greifen auf **Familie, Freunde oder Bekannte** zurück, um sich „ab und an“ oder auch „regelmäßig“ über das Geschehen in Köln zu erkundigen (siehe Grafik 11).

Regionale Radiosender, die Kölner Lokalpresse und regionale Fernsehformate besonders beliebt

Mit Blick auf die Medien als Informationsquelle finden sich **regionale Fernseh- und Radiosender** an den obersten Plätzen – beide werden von rund 90 Prozent der Kölnerinnen und Kölnern genutzt. Die Lokalpresse (**Kölner Stadtanzeiger/Kölnische Rundschau**) folgt knapp dahinter (83%). Die Bereitstellung des Tagesgeschehens kennzeichnet diese drei Informationsmedien, weshalb nicht verwundert, dass diese auch von deutlich mehr Menschen „regelmäßig“ genutzt werden. Eine Ausnahme stellen hier **Express und BILD** dar, auf welche nach eigenen Angaben rund jeder/jede Fünfte „regelmäßig“ zurückgreift, um sich über das Geschehen in Köln zu informieren.

Wöchentlich erscheinende **Stadtteilzeitungen** – wie etwa der Kölner Wochenspiegel – die in der Regel einzelnen städtischen Themen mehr Platz widmen können, werden von weniger Kölnerinnen und Kölner verwendet, wenngleich diese immerhin noch einem Fünftel der Befragten als „regelmäßige“ Informationsquelle dienen (21%).

Genutzt, jedoch unregelmäßig: Plakate, Aushänge, Info-Flyer, lokale Internetseiten und der städtische Internetauftritt

Informationen, die im Stadtbild zu finden sind – wie **Plakate, Aushänge und Info-Flyer** – nehmen über zwei Drittel als Quelle war, um sich über Köln zu informieren. Ihrer punktuellen Erscheinungsform geschuldet, werden diese von nur vier Prozent der Kölner Bevölkerung „regelmäßig“ genutzt (siehe Grafik 11).

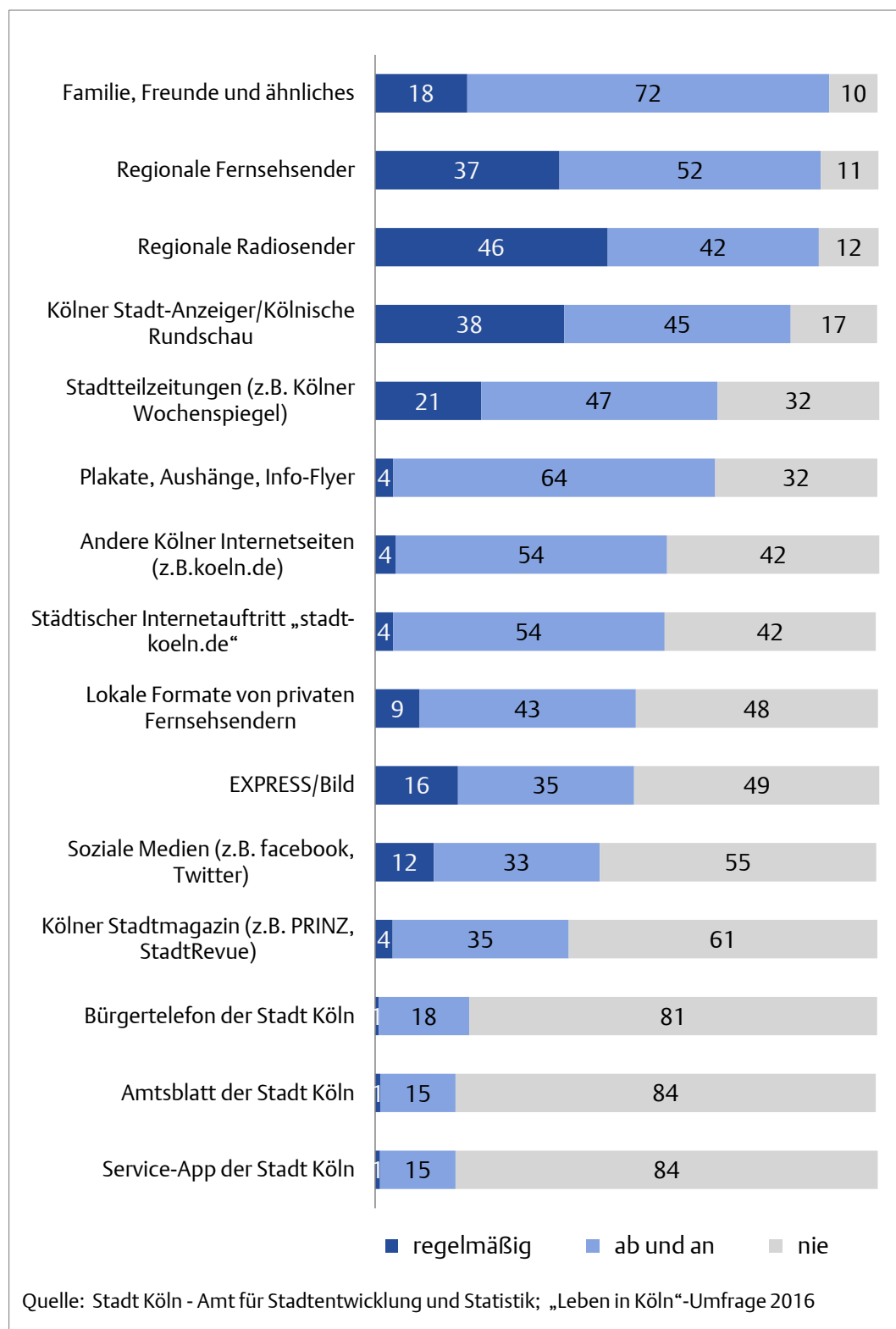
Etwa die Hälfte nutzt das Internet zur Informationsfindung

45 Prozent der Befragten greifen auf Facebook, Twitter oder andere **soziale Medien** zurück. Der **städtische Internetauftritt „stadt-koeln.de“** oder die Internetplattform **„koeln.de“** werden von 58 Prozent herangezogen.

Anlassbezogene Informationsangebote: Bürgertelefon, Amtsblatt, Service-App

Informationsangebote der Stadtverwaltung – wie das **Bürgertelefon, das Amtsblatt** oder die städtische **„Service-App“** – werden von weniger als einem Fünftel der Bürgerinnen und Bürger genutzt. Hier kann eine Rolle spielen, dass das Amtsblatt als Informationsquelle eher unbekannt sein dürfte und die darin enthaltenen Informationen nur für eine kleinere Bevölkerungsgruppe eine Rolle spielen. Das Bürgertelefon wird zumeist nur dann angerufen, wenn man ein spezielles Anliegen, eine Frage an die Stadtverwaltung hat oder auf anderem Wege nicht weiterkommt.

Grafik 11 Häufigkeit, der Nutzung von Informationsquellen g um sich über das Geschehen in Köln zu informieren (in % der Befragten)



3. Fazit und Ausblick

Bürgerschaftliches Engagement in der Form, zum Wohle anderer Menschen oder einer Sache tätig zu sein, wird in Köln von etwa einem Viertel der Bevölkerung gelebt. Seit der letzten Befragung vor sieben Jahren hat sich dieser Anteil leicht erhöht. Damit stellt das bürgerschaftliche Engagement eine stabile Stütze der Kölner Gesellschaft dar.

Insbesondere im Bereich der informellen, häuslichen Pflege und Unterstützung können sich zahlreiche pflegebedürftige Kölnerinnen und Kölner auf Unterstützungsleistungen aus dem privaten Umfeld verlassen – dies ist keine Selbstverständlichkeit. Vor allem die Kölner Bevölkerung ab der Lebensmitte (45 Jahre und älter) leistet einen Beitrag zur Pflege. Unter ihnen finden sich doppelt Belastete: entweder weil sie noch minderjährige Kinder betreuen und zugleich die (Schwieger)Eltern pflegen oder unterstützen oder weil sie sich – ab einem höheren Alter – neben der Betreuung von (Schwieger)Eltern auch um den eigenen Partner/die Partnerin pflegerisch kümmern. In Zukunft dürften diese Konstellationen in Anbetracht einer steigenden Lebenserwartung und späteren Realisierung der Familiengründung für viele Kölnerinnen und Kölner häufiger werden.

Das Repertoire der derzeit erbrachten Pflegetätigkeiten ist umfangreich. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung des Pflegeengagements lassen sich tendenzielle Unterschiede zwischen den Kölnerinnen und Kölnern ausmachen: relativ intime Tätigkeiten – Körperpflege, An- und Ausziehen – sowie soziale Zuwendung durch Gespräche, Zuspruch oder Vorlesetätigkeiten werden, wie auch Spaziergänge, häufiger von Frauen als Männern ausgeübt. Tätigkeiten, die vermehrt von Männern geleistet werden, lassen sich demgegenüber nicht erkennen.

Die Beobachtung von Bereitschaft und Umfang an pflegerischer Unterstützung von Angehörigen ist in kommenden Umfragen fortzuführen – dies nicht zuletzt, weil die Unterstützung für andere das Zusammenleben in den Quartieren der Stadt fördert.

Neben den unterstützenden Leistungen drückt sich „Aktive Bürgerschaft“ auch in der Teilnahme an und der Einflussnahme auf politische Entscheidungen aus. Das Interesse an Politik im Allgemeinen, aber auch an der Entwicklung der Stadt ist in der Kölner Bevölkerung hoch: Über 90 Prozent bekunden ein grundsätzliches Interesse.

Die politischen Institutionen und Gremien, die auf die Stadt und ihre Entwicklung direkt einwirken – der Rat der Stadt sowie die Stadtverwaltung – stoßen mit jeweils rund 80 Prozent auf etwas weniger Interessierte, wenngleich auch diese Werte als hoch anzusehen sind. Etwa ein Fünftel der Kölnerinnen und Kölner schenkt den Entscheidungen des Stadtrates oder der Arbeit der Stadtverwaltung hingegen keine Beachtung. Dies muss im Zusammenhang mit der Entwicklung der Wahlbeteiligung genauer analysiert werden.

Sich am politischen Prozess in Köln zu beteiligen, erfolgt im Wesentlichen in Form von Wahlen. Sie sind das Wesensmerkmal einer Demokratie und die Teilnahme daran gilt für Viele als Bürgerpflicht. Andere Möglichkeiten politischer Einflussnahme werden nur von einem geringen Anteil der Bürgerinnen und Bürger in Anspruch genommen. Dies geschieht im Wesentlichen durch die Teilnahme an Demonstrationen, Bürgerinitiativen oder Bürgerentscheiden.

Förderlich für die politische Teilhabe können zugrundeliegende Informationen sein. Insbesondere Menschen aus dem nahen Umfeld – Familie, Freunde und Bekannte – fungieren als wichtige Informationsquelle, um sich über die Geschehnisse in Köln zu erkunden. Darüber hinaus werden vor allem die Medien regelmäßig herangezogen, die über das tägliche Geschehen in der Stadt Auskunft geben: regionale Radiosender, die Kölner Lokalpresse und regionale Fernsehformate weisen die höchste Nutzerreichweite auf.

Nicht zuletzt ist das Engagement der Bürger – in Form von ehrenamtlichen Tätigkeiten oder der Teilnahme an kommunalpolitischen Prozessen – ein Ausdruck für das Lebensgefühl in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement trägt zu einem lebendigen Miteinander bei und kann sich auf die Identifikation mit der Stadt, in der man lebt, auswirken – ein solches Verbundenheitsgefühl kann wiederum nach außen getragen werden. Köln, im Sinne einer aktiven Bürgerschaft zu stärken, ist daher wünschenswert.

„Leben in Köln“-Umfrage 2016 – Methodik

Die Grundgesamtheit der Befragung sind deutsche und ausländische Personen zwischen 18 und 80 Jahren mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Köln. Diese Gruppe umfasste zum Befragungszeitraum rund 878 000 Personen. Für die „Leben in Köln“-Umfrage 2016 wurden aus dieser Personengruppe 64 000 Personen per Zufallsverfahren¹ aus dem Kölner Melderegister ausgewählt – das entspricht einem Anteil von 7,3 Prozent.

Diese 64 000 Kölnerinnen und Kölner erhielten im Herbst 2016 ein Anschreiben der Oberbürgermeisterin Henriette Reker, gemeinsam mit einem 16-seitigen Fragebogen sowie einem Freiumschlag.

Die Befragung wurde in zwei Befragungswellen durchgeführt:

- 1. Welle: 23.08. bis 30.09.2016 (48 013 Anschreiben)
- 2. Welle: 22.10. bis 18.11.2016 (16 015 Anschreiben)

Grundgesamtheit
 (Wohnbevölkerung im Alter zwischen 18 und 80 Jahren) **878 000**

	1. Welle	2. Welle	Gesamt
Brutto-Stichprobe	48 013	16 015	64 028
abzüglich „nicht Zustellbare“ (= verzogen, verstorben) ²	600	400	1 000
= bereinigte Brutto-Stichprobe	47 400	15 600	63 000
Netto-Stichprobe (Rücklauf absolut)	10 937	3 316	14 352
Rücklaufquote (Rücklauf in %)	23,1 %	21,3 %	22,8 %

1. Bei der Stichprobenziehung handelt es sich um eine geschichtete Zufallsauswahl: So wurden jene Stadtteile **überproportional** quotiert, in denen der Rücklauf bei den vergangenen „Leben in Köln“-Umfragen besonders gering war und hier auch dieses Mal mit einer geringeren Beteiligung (= Rücklaufquote) zu rechnen war. Durch dieses Verfahren wurden zudem ausländische Personen bei der Stichprobenziehung überquotiert, da ihr Anteil in den Stadtteilen mit geringer Beteiligung überdurchschnittlich ist.

Leichte Abweichungen zwischen der Befragtenstruktur und der Grundgesamtheit hinsichtlich der Altersstruktur wurden durch Gewichtungen im Datensatz nachträglich ausgeglichen. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist – wie in annähernd allen freiwilligen Bevölkerungsumfragen – unterdurchschnittlich.

2. Die Zustellung über Info-Post der Post AG beinhaltet keine Rücksendung im Falle einer Nicht-Zustellbarkeit. Daher wurde die Zahl der neutralen Ausfälle auf Basis der Wanderungs- und Sterbezahlen aus der Bevölkerungsstatistik geschätzt.

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

Tel: 02 21 / 221-21882
Fax: 02 21 / 221-21900 oder 28493

E-Mail: statistik@stadt-koeln.de

Internet: <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/statistik/>



Die Oberbürgermeisterin

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ISSN 2192 – 9726

© Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit

Quellenangabe 13/15/300/6.18